

ABGEORDNETENWATCH.DE

## Kandidaten im Kreuzverhör



Das Portal [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) soll jetzt die Sensibilität der Volksvertreter beim Thema Korruption erhöhen.

Foto: dpa/dpaweb

Von Mira Gajevic

**Ein Internetportal will vor der Wahl Transparenz schaffen: Die Transparenzorganisation „abgeordnetenwatch.de“ will die Sensibilität der Volksvertreter im Bundestag beim Thema Korruption erhöhen.**

Transparenz ist gut und schön, aber übertreiben sollte man es damit offenbar auch nicht. Das zumindest scheinen die meisten Kandidaten für den Bundestag zu denken. Das Internetportal [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) hat sie gefragt, ob sie sich im Falle ihrer Wahl im Bundestag für ein Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung einsetzen werden. Gerade einmal 713 der 2 009 Direktkandidaten antworteten mit Ja.

Steuererklärungen online stellen

727 Bewerber versprachen, sich für die unverzügliche Veröffentlichung aller Parteispenden über 10 000 Euro stark zu machen. Bislang müssen dem Bundestagspräsidenten nur Spenden über 50 000 Euro sofort mitgeteilt und veröffentlicht werden. Und nur 683 der Kandidaten versprachen, sich dafür einzusetzen, dass die Parlamentarier künftig alle Nebeneinkünfte offenlegen müssen, statt sie wie derzeit stufenweise anzugeben.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass der Bundestag bislang keine strengen Regeln bei Abgeordnetenbestechung, Nebeneinkünften und Parteispenden zustande gebracht hat“, sagte [abgeordnetenwatch](http://www.abgeordnetenwatch.de)-Gründer Gregor Hackmack am Dienstag in Berlin. Eine – wenn auch nur moralisch bindende – Selbstverpflichtung soll jetzt die Sensibilität der Volksvertreter beim Thema Korruption erhöhen. Wer will, kann auch seine Steuererklärung hochladen und online stellen und auf diese Weise für mehr Transparenz sorgen.

Bislang ist nur der Stimmenkauf vor einer Abstimmung strafbar, sogenannte Dankeschön-Spenden sind hingegen erlaubt. Seit Jahren drängen die UN, die OECD und inzwischen selbst die heimische Wirtschaft auf die Ratifizierung eines UN-Abkommens gegen Korruption.

Das würde aber voraussetzen, dass die Bestechung von Abgeordneten in Deutschland unter Strafe gestellt wird. Union und FDP lehnen das ab. Ein Gesetzentwurf der SPD, der Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren vorsah, wurde kurz vor Beginn der Sommerpause im Bundestag mit den Stimmen der Koalition abgelehnt.

Wie schon vor der letzten Bundestagswahl sollen die Kandidaten auf dem Portal auch diesmal wieder Auskunft über sich geben. Wähler können auf der Seite Fragen stellen, die von einem Moderationsteam der Internetplattform gesichtet und an den Politiker weitergeleitet werden. Alles ist erlaubt, nur keine Fragen zum Privatleben oder anonyme Einsendungen. Das Portal versteht sich als unabhängig, finanziert wird es vor allem durch Spenden.

**Fragen an die Kandidaten** der Bundestagswahl stellen unter: [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/politik/abgeordnetenwatch-de-kandidaten-im-kreuzverhoer,10808018,23798584.html>

Copyright © 2012 Berliner Zeitung